

# Breslauer



# Zeitung.

Mittagsblatt.

Donnerstag den 30. April 1857.

Nr. 200.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

**Frankfurt a. M., 29. April.** Das „Frankfurter Journal“ enthält aus Bern vom 29. folgende Mittheilung: Der Bundesrath hat so eben den Dr. Kern zur Unterzeichnung der Konferenzvorschlage bevollmchtig. Die Ratifikation der Bundesversammlung bleibt vorbehalten.

**Paris, 29. April, Nachm. 3 Uhr.** Das Bekanntwerden der geringen Dividende des Credit-Mobilier wirkte ungunstig auf die Börse. Die 3pCt. eroffnete, nachdem Gonfols von Mittags 12 Uhr 92 1/2 gemeldet waren, zu 68, 95, wick, da die Finanzberichte aus London wieder ungunstiger lauteten, auf 68, 60, hob sich wieder auf 68, 80 und schloß in matter Haltung zur Notiz. Pro Mai wurde die Rente zu 69, 15 gehandelt. Gonfols von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 92 1/2 eingetroffen. Schluß-Cours: 3pCt. Rente 68, 60. 4 1/2pCt. Rente 90, 60. Credit-Mobilier-Aktien 1255. 3pCt. Spanier —. 1pCt. Spanier —. Silber-Anleihe 90. Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 700. Lombard. Eisenbahn-Aktien 626. Franz-Joseph 500.

**London, 29. April, Mittags 1 Uhr.** Gonfols 92 1/2. **Wien, 29. April, Mittags 12 1/2 Uhr.** Fonds fest, Valuten offerirt Silber-Anleihe 92. 5pCt. Metalliques 83. 4 1/2pCt. Metalliques 72 1/2. Bank-Aktien 98 1/2. Bank-Inter.-Scheine —. Nordbahn 207. 1854er Loose 109. National-Anl. 84 1/2. Staats-Eisenbahn-Aktien 215 1/2. Credit-Aktien 244. London 10, 10. Hamburg 77. Paris 121 1/2. Gold —. Silber —. Eisbahnbahn 100 1/2. Lombard. Eisenbahn 114 1/2. Aelphbahn 100 1/2. Centralbahn —.

**Frankfurt a. M., 29. April, Nachm. 2 1/2 Uhr.** Desterreichische Bank- und Kredit-Aktien etwas matter, im Uebrigen keine Veränderung. Schluß-Cours:

Wiener Wechsel 113 1/2. 5pCt. Metalliques 77 1/2. 4 1/2pCt. Metalliques 67 1/2. 1854er Loose 102 1/2. Dester. National-Anleihe 79 1/2. Dester. Franzos. Staats-Eisenbahn-Aktien 243. Dester. Bank-Anleihe 113. Dester. Credit-Aktien 166. Dester. Eisbahnbahn 196 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 86.

**Hamburg, 29. April, Nachmittags 2 Uhr.** Börse fester, lebhafter. Schluß-Cours: Desterreich. Loose —. Desterreich. Credit-Aktien 125. Desterreichische Eisen-Aktien —. Vereinsbank 98 1/2. Norddeutsche Bank 94. Wien —.

**Hamburg, 29. April.** (Getreidemarkt.) Weizen sehr fest, ab auswärts ebenfalls sehr fest. Ab Schleswig 126—127 pfd. pro Mai 116 bezahlt Roggen loco fest, ab auswärts sehr fest. Del loco 33 1/4, pr. Herbst 29 1/4. Kaffee stille.

## Telegraphische Nachrichten.

**Paris, 28. April.** Eine Division der russischen Flotte wird am 13. zu Cherbourg erwartet. Auf der Sidbahn hat sich ein Unfall ereignet, bei welchem 16 Personen schwer verletzt wurden.

**Paris, 29. April.** Sammtliche entlassene Schuler der polytechnischen Anstalt haben die Erlaubniß erhalten, wieder einzutreten. Die „Patrie“ meldet, daß der Kaiser und die Kaiserin mit dem hier eintreffenden Könige von Baiern am 15. Mai nach Compiegne sich begeben werden. Der englische Gesandte, Lord Cowley, wird nicht verreisen.

**London, 28. April.** Der Dampfer Asia hat Nachrichten aus Newyork bis zum 15. April nach Liverpool gebracht. Die auf Ablösung des Sundzollens bezugliche Konvention war von General Gass und dem dänischen Gesandten in Washington unterzeichnet worden. Die Summe, zu deren Zahlung sich Amerika verpflichtet, beträgt 393,000 Dollars. Der zum Gesandten in China ernannte Herr Reed wird London und Paris Mitte Mai besuchen, um in jenen beiden Hauptstädten Konferenzen über die in China einzuhaltende Politik beizuwohnen. Es ging das Gerücht, Dorothea Lockidge habe einen Sieg über die Quakerer erfochten. Die Geistlichkeit zu Vera Cruz machte direkte Opposition gegen die Verfassung.

**Wien, 27. April.** Die Regierung von Neuenburg sendet eine Deputation mit der Erklärung: sie finde die Konferenzvorschlge annehmbar. Der Bundesrath wird sie heute empfangen, und dann wahrscheinlich Dr. Kern bevollmächtigen, den Vertrag zu unterzeichnen, vorbehältlich der Ratifikation der Bundesversammlung.

**Kopenhagen, 28. April.** Nach der hier erscheinenden „Morgenpost“ ist der Prinz Christian von Dänemark im Auftrage des Königs nach Berlin gereist.

## Preußen.

### Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus. 29. Sitzung am 29. April. Am Ministerische: v. Mantuffel I., Simons, v. Mantuffel II., v. Westphalen und zwei Regierungs-Kommissarien. Prsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet ein Kommissionsbericht über den Antrag der Herren v. Below und Dr. Stahl in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit.

Der schon bekannte Antrag bezweckt, daß das Herrenhaus die Staatsregierung erlauge: in Gemeinschaft mit den deutschen Verbündeten die Bestimmungen fortzusetzen, die Gerechtigkeits- und Lauenburg in Wirklichkeit zu bringen.

In der Kommission wurde der Antrag dadurch motivirt, daß er in der Anerkennung des Berufs Preussens beruhe, die Gerechtigkeits- und Lauenburg zu schzen, daß das gegenwärtige Stadium der die genannten Länder betreffenden Verhandlungen den Antrag jetzt als zeitgemäss erscheinen lasse; daß die Befugniß des Herrenhauses zu einem solchen Antrage nicht angezweifelt werden könne, weil es mit demselben um eine rein deutsche, innere Angelegenheit sich handle, und weil eine Landesvertretung, die eine entscheidende Stimme in den finanziellen Angelegenheiten des Landes habe, sich auch einer gewissen Beteiligungs an den Fragen der auswärtigen Politik nicht gänzlich fernhalten werden könne, und daß endlich der Antrag nicht bezwecke, der Staatsregierung einen Weg vorzuzeichnen, sondern dieselbe vielmehr durch den Ausdruck der Uebereinstimmung des Herrenhauses in dem von ihr bisher befolgten Gange zu unterstützen.

Eine von dem Antragsteller Herrn Dr. Stahl zur Sache verfasste Denkschrift sei in der Kommission verlesen worden und habe die ungetriebene Zustimmung des Ministerpräsidenten und der Kommission erhalten.

Die vom Ministerpräsidenten hierauf gegebene Erklärung ist bereits mitgetheilt.

In der Kommission hatte dann ein Mitglied sich dahin geäußert, daß mit der Annahme des Antrages keinesweges eine Verpflichtung ausgesprochen werden solle, daß Preussen wider seine deutschen resp. europäischen Verbündeten die Rechte der Herzogthümer bis zum Auersten vertreten müsse, während ein anderes Mitglied sich gegen den Antrag erklärt, weil ein Drängen der Regierung in Sachen der auswärtigen Politik bedenklich, in Zeiten der Aufregung sogar gefährlich werden könne. Die Mehrheit der Kommission habe aber hierauf sich dahin geäußert, daß der Antrag zu solcher Ausstellung um so weniger Anlaß biete, als selbst der Minister-Prsident ein Bedenken gegen

denselben nicht erhoben. Die Aussicht auf Eventualitäten könne aber von Schritten nicht zurückhalten, welche die Aufrechthaltung des Rechts bezwecken. In der hierauf erfolgten Abstimmung habe die Kommission mit 8 gegen 1 Stimme beschloß: dem Herrenhause den Antrag der Herren von Below und Dr. Stahl zur unveränderlichen Annahme zu empfehlen.

Herr Dr. Stahl: Wie es früher sich darum gehandelt hätte, die gestörte Ordnung und das landesherrliche Recht in den deutschen Herzogthümern wieder herzustellen, so sei jetzt auch nicht zu zügen, die Rechte des Landes gegen Uebergriffe zu vertreten. Der Redner erwähnt hierauf der in seiner Denkschrift motivirten Rechte jener deutschen Länder, und fhrt dann fort, daß die gegenwärtige Stellung der Herzogthümer zum Gesamt-Staate und die Verfassung jener Landestheile besonders den Gegensatz zu dem, was Rechtens wäre, seien. Die Regierung der dänischen Gesamt-Monarchie hintertrieb nicht allein für gegenwärtig die Mitwirkung der Stnde in den Herzogthümern in den eigenen Verfassungs-Angelegenheiten, sondern habe diese Ausschließung der Stnde auch für alle Zukunft dekretirt. Es sei die rein konstitutionelle Verfassung des dänischen Gesamt-Staates zur Darstellung gelangt, wodurch die Herzogthümer mit allen ihren Interessen der Verfassung der dänischen Majorität verfallen, und es seien somit die Herzogthümer in ihren eigenen Angelegenheiten rechtlos gemacht. Wie daher die Regierung im Jahre 1853 bezuglich der Domainen in den Herzogthümern ohne Mitwirkung der Stnde gehandelt, so könne sie im Jahre 1858 auch noch Anders ohne diese Stnde thun. Es stelle sich heraus, daß die dänische Reichstags-Majorität Herr des Gesamt-Staates sei. Selbst Minister der Herzogthümer hätten als solche geringe Bedeutung, da sie der Vertretung des Gesamt-Staates verantwortlich seien. Die Freiheiten der dänischen Länder seien sehr ausgedehnt, die Freiheiten der Herzogthümer lgen aber noch unter ständischer Verechtigung. Der Einfluß auf die Gesetzgebung, werde für die Herzogthümer durch die bedeutend ungesicherten Landeszustnde bis zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, und so erscheine das Geschick der Herzogthümer fast der Willkür der Dnen preisgegeben. Während die Bewegungen des Jahres 1848 Dänemark so gut getroffen haben, wie die Herzogthümer, so haben doch diese allein die Nachteile, die daraus sich ergaben, zu tragen. Dänemark handle nach Allem gegen die Herzogthümer nicht allein nicht nach Willkür, sondern auch nicht einmal nach dem Rechte. Preussen habe gegen die Herzogthümer vom Jahre 1848 eine Schuld zu tilgen; aber Preussen werde und dürfe nicht allein, sondern nur mit Desterreich handeln. Deutschland habe für die Herzogthümer einzutreten. Der im Jahre 1848 hervorgetretene Drang nach mächtiger deutscher Rationalität habe Verechtigung, und es werde auch ferner dieses Streben bleiben. Das Volk der Herzogthümer sei, wie irgend eines, es werth, bei Deutschland erhalten zu werden. Ginge Holstein Deutschland verloren, so hätte dieses eines seiner edelsten Glieder verloren. Es enthalte nach keiner Seite hin eine Verletzung, wenn dem erkannten legalen Rechte hier ein legaler Ausdruck gegeben werde, und Europa könne hiernach kein Recht haben, in die Lösung dieser Angelegenheit, einer rein deutschen, sich zu mischen. Europa, das den deutschen Bund anerkannt habe, würde dadurch seine eigene Schöpfung angreifen. Der Antrag will nur eine Fürsprache für die Herzogthümer bei dem Bundestage sein, ohne die Regierung zu drängen, und es gezieme sich wohl für eine preussische Landes-Vertretung, ein gutes Zeugniß abzulegen für ein gutes deutsches Recht. (Bravo.)

Herr A. Brüggemann fordert mit wenigen Worten das Haus auf, dem Antrage der Kommission mit Freude zuzustimmen.

Frst B. v. Radziwill motivirt seine dissentirende Ansicht, wie er in der Kommission, nach dem Berichte derselben, gethan.

Graf v. Arnim glaubt von einem preussischen Herrenhause nie voraussetzen zu dürfen, daß die Regierung eines hohenzollernschen Fürsten in ihrer auswärtigen Politik zu drängen versuchen würde, und gerade deshalb vindicire er dem Herrenhause auch das Recht, dem verletzten Rechte eines Bundesvolkes Theilnahme und Mithilfe auszusprechen, und hier, glaube er, werde Niemand Eingriffe in die Rechte der Regierung oder der Krone erkennen können. Darum, meine Herren, stimmen Sie für den Antrag (Bravo).

Durch die folgende namentliche Abstimmung wird der Kommissionsantrag mit 83 gegen 5 Stimmen angenommen. Gegen denselben stimmten die Fürsten v. Hohenlohe-Dehringen u. v. Radziwill u. Herr v. Stammmer, der Abstimmung enthielten sich die Herren von Waldow-Steinhöfel und von Brandt-Lauchstädt.

Der folgende Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Kommissions-Bericht über einen Antrag des Hrn. v. Pl, die Jagd-Gesetzgebung betreffend.

Das Gesetz vom 31. Oktober 1848 und dessen Umgestaltung durch das Gesetz vom 7. März 1850 haben zur Folge gehabt, daß, wie der Bericht sagt, das Herrenhaus und die ihm vorhergegangene erste Kammer in keiner ihrer Sitzungsperioden es unterlassen haben, auf das verletzte Recht der Abgeordneten, als einen offenen Schaden hinzuweisen und die Mittel in erster Erwägung zu nehmen, wie den Beschwerden der Verletzten abgeholfen werden könne. Diese alljährliche Wiederkehr derselben Anträge, net der nun oft vorgekommenen Begründung derselben, macht es zulässig, zur Vermeidung von Wiederholungen das heutige Referat über den vorliegenden Gegenstand kürzer zu fassen.

Der Hr. Minister-Prsident habe gelegentlich der Erstattung eines Petitions-Berichtes sich dahin erklärt, daß die Staats-Regierung in ihren Bestrebungen, eine angemessene Lösung der vorliegenden Frage herbeizuführen, nicht ermüdet sei, und hoffe, noch in dieser Session ihre Vorschläge einbringen zu können. Nachdem nun, trotz vorgerückter Zeit gegenwärtiger Sitzungsperiode, jene Hoffnung keine Erfüllung gefunden, habe Hr. v. Pl seinen Antrag an das Haus gestellt. In der Kommission sei ein Eingehen auf den Inhalt des gestellten Antrages seitens der Kommissarien der Regierung nicht zu erlangen gewesen, daher der Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen und die Kommission einstimmig beschlosen habe, an das Herrenhaus den Antrag zu richten, eine Resolution folgenden Inhalts beschließen zu wollen:

„Das Herrenhaus spricht die Erwartung aus, die Regierung Seiner Majestät des Königs werde, der wiederholt von ihr anerkannten Nothwendigkeit legislativen Einschreitens entsprechend, keinen längeren Anstand nehmen, den beiden Häusern des Landtages baldmöglichst einen Gesetz-Entwurf zur verfassungsmässigen Verathung und Beschlußfassung vorzulegen, welcher die bedauerlichen, in dem Gebiete der Jagd-Gesetzgebung noch immer fortdauernden, bei jedem längeren Zeitverlaufe immer schwieriger zu shnenden, Rechtsverletzungen endlich beseitige;

insoweit aber wegen Kürze der Zeit eine solche erschöpfende Erledigung sich für den Augenblick noch nicht erreichen lassen sollte, verfassungsmässige Vorsehung zu treffen, daß jedenfalls schon jetzt die als unzureichend anerkannte Jagdpolizei-Gesetzgebung zur Abhilfe der hier, namentlich bei Verwaltung gemeinschaftlicher Jagdbezirke sehr fühlbar hervorgetretenen gesessenden Uebelstände ergänzt und abgeändert werde.“

Nachdem Herr v. Daniels, als Berichterstatter, und Herr v. Pl, als Antragsteller, für den Antrag gesprochen, ohne Neues zu dem Inhalte des Berichtes beizubringen, ergreift das Wort Graf v. Soverden, indem er erklärt, gegen den Antrag sprechen und stimmen zu wollen. Sehr oft seien ähnliche Anträge gestellt, ohne zu einem von den Antragstellern gewünschten Resultate zu führen; man möge hierin Warnung und Lehre erkennen. Auch er, der Redner, habe mit dem verlorenen Jagdrecht Verluste gehabt, aber er habe Gründe gefunden, die Wiederherstellung des alten Rechtszustandes nicht zu verlangen. Sei nämlich sein Recht vor 48 gültig gewesen, so sei heute das der Bauern eben so gültig. Auch hätten nach 48 vorgekommene Käufe das alte Jagdrecht nicht mit eingeschlossen. Man rede von Shne und Wie-

derneuerung in altes Recht; das alte Recht sei aber aufgehoben und daher eine Rechtsnachfolge unmöglich. Niemand habe im Jahre 48 groere Opfer gebracht als der König, dessen Möge man sich erinnern. Auch wolle man bedenken, was Friedrich II. gesagt, daß der Gesetzgeber sich auf den Standpunkt dessen verlegen müsse, für den ein Gesetz gemacht werde. Nach allem diesem sei das hohe Haus nochmals zu erforschen, gegen den Antrag zu stimmen.

Der Chef des Landwirtschaftl. Ministeriums. Nachdem die Schwierigkeit des Vorgehens in der Gesetzgebung auf dem bezeichneten Boden hervorgehoben worden, wird bemerkt, daß die Regierung einen andern Weg, als ihn das Gesetz von 1850 bezeichne, nicht einschlagen würde. Die Regierung habe den Kammern im Jahre 1853 ein Gesetz vorgelegt, das aber nicht zum Abschluß gekommen sei, sowie auch ein im Jahre 1855 vorgelegter Entwurf in diesem Hause nicht Beschlußnahme gefunden habe. Inzwischen sei der Regierung die Schwierigkeit in dieser Sache immer prägnanter entgegengetreten. Auch herrsche, wenn auch nicht in diesem Hause, Abneigung gegen jede Abänderung des Bestehenden, während Andere durch das, was gewährt werden könne, sich nicht befriedigt fühlten. Unter allen diesen Umständen könne dem Hause nur die Ablehnung des Kommissions-Antrages empfohlen werden.

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag der Kommission angenommen, worauf die Sitzung um 3 Uhr geschlossen, die nächste auf den 30. April 12 Uhr anberaumat wird.

[In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses] wurde die Verathung des Gewerbesteuer-Gesetzes beendet, und diejenige des Gesetz-Entwurfs, betreffend die von Aktien- und ähnlichen Gesellschaften zu entrichtende Gewerbesteuer begonnen. Gegen letzteren sprachen am ausführlichsten die Abgeordneten Behrend (Danzig) und Reichenperger. — Der Sitzungsbericht, welchen wir aus Mangel an Raum hier nicht mehr aufnehmen konnten, folgt in der nächsten Nr. d. Zitg.

**Berlin, 29. April.** [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Stadtgerichtsrath v. Nechtitz zu Breslau zum Rathe beim dortigen Appellationsgerichte zu ernennen, und dem Kemptnermeister Fischbach zu Potsdam das Prädikat eines königlichen Hof-Kemptnermeisters zu verleihen. — Der bisherige Kreisrichter Wollmann zu Halbau ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Freistadt und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Glogau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Freistadt, ernannt worden. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem ordentlichen Professor an der Universität zu Bonn, Dr. W. Ecker, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Baiern Majestät ihm verliehenen Maximilians-Ordens für Wissenschaft und Kunst zu ertheilen.

**Berlin, 29. April.** In der gestrigen General-Versammlung der Diskonto-Gesellschaft wurde ein Antrag des Herrn Naumann auf Herabsetzung des Gewinn-Antheils des Gesellschafts-Inhabers Hansemann von 25 Proz. auf 15 Proz. abgelehnt. Der Gewinn-Antheil hat für die Zeit vom 1. April bis Ende Dezember 1856: 259,778 Thlr. betragen. Der Verwaltungsrath theilt ferner mit, daß Hr. Adolf Hansemann von Cuxen seit geraumer Zeit zur Nachfolge bestimmt, nunmehr als zweiter Gesellschafter seinem Vater zur Seite tritt.

P. C. Die Provinzial-Stnde des Königreichs Preussen hatten auf den Erlaß eines Gesetzes angetragen, durch welches die Rechte ermächtigten Verfallenen, die in ihren Depositorien vorhandenen „toten Fonds“ mit Kreis-Obligations zu belegen. Die Petition beruht auf der irrigen Voraussetzung, daß in den gerichtlichen Depositorien überhaupt tote Fonds vorhanden seien, welche mit Nutzen zum Ankauf von Kreis-Obligations verwendet werden könnten. Die Deposital-Ordnung bestimmt aber ausdrücklich, daß die in den gerichtlichen Depositorien befindlichen Gelder nicht mssig liegen bleiben sollen, und nach den bestehenden Gesetzen es den Gerichten durchaus nicht an hinreichender Gelegenheit, sowohl die Bestnde der General-Depositorien, als die der einzelnen Massen, auf den Antrag der bei den letzteren beteiligten Personen theils durch Ausweisung gegen Hypothek, theils durch Anlegung in sicheren und leicht zu verwertenden öffentlichen Papieren oder bei Sparkassen, theils endlich bei der Bank zinsbar unterzubringen. Daß die Gerichte davon, soweit der lauiende Verkehr es nur irgend gestattet, zum Vortheil der Interessenten Gebrauch machen, ist nicht zu bezweifeln. Wenn andererseits es auch erwünscht sein würde, den jetzt sehr schwer verkauflichen Kreis-Obligations einen erleichterten Absatz zu verschaffen, so lässt sich als geeignetes Mittel hierzu doch die Zulassung jener Obligations zum Depositalverkehr nicht empfehlen. Es gilt als Regel, daß Deposital- und Papiellender nur gegen hypothekarische Sicherheit und niemals auf bloße Schuldverschreibungen ausgetauscht werden sollen, und von dieser Regel tritt nur zu Gunsten solcher Papiere eine Ausnahme ein, für welche der Staat als Hauptschuldner oder in Folge einer übernommenen Garantie haftet. Wenn es nicht überhaupt bedenklich wäre, diese Grenze zu erweitern, so würde es jedenfalls gegen die Willkür verstoßen, nur den Kreis-Obligations die Deposital-Fähigkeit zu verleihen, da mit diesen Papieren in Betreff der Sicherheit, der Verzinsung und der Amortisation eine große Zahl von Papieren anderer öffentlicher Korporationen auf gleicher Linie steht. Für den Deposital-Verkehr aber eignen sich alle diese Papiere schon deshalb nicht, weil sie keinen Cours haben, und schwer, häufig auch nur mit Verlust, zu verkaufen sind. Diese Gründe rechtfertigen es, daß die Petition der preussischen Provinzial-Stnde, wie wir erfahren, die allerhöchste Zustimmung nicht erhalten hat.

Im Regierungsbezirk Potsdam regte sich im vorigen Jahre die Auswanderer-Lust in nicht geringem Grade. Mit Entlassungs-Urkunden verließen im Ganzen 1242 Personen den Bezirk. Im laufenden Jahre scheint die Auswanderung noch eine Steigerung zu erfahren, und namentlich ist es wieder die Uckermark, aus welcher von zahlreichen Emigrationen gemeldet wird. Es ist dieser vorzugsweise durch die Schilderungen der Vorangegangenen genährte Wandertrieb um so mehr zu beklagen, als die Auswanderer sich meist in günstigen Verhältnissen befinden und hier ihre geordneten Verhältnisse in der so oft gestuften Erwartung verlassen, jenseits des Ozeans ein ungleich bequemerer Leben und eine weit lohnendere Thätigkeit zu finden. Selbst reiche Bauern verkaufen unter den Einwirkungen dieser Vorstellung ihre Huse und gehen über das Meer. Außer denjenigen, welche beim Abzug die Entlassung aus dem Staatsverbande nachsuchen, verlassen viele Einwohner bloß mit Reisepässen versehen das Land und siedeln dann von Hamburg aus nach den überseeischen Gebieten über. Namentlich geht in diesem Jahre eine bedeutende Zahl von großentheils unbemittelten Einwohnern aus der Westpreignitz und der Uckermark mit Reisepässen auf ein Jahr versehen auf Arbeit nach Brasilien. Voraussichtlich werden nur Wenige davon in's Vaterland zurückkehren.

**Lucan.** Ueber die Ermordung des Gutbesizers v. Dbernis zu Weissag erfahrene wir noch folgenden Näheres. Der Ermordete war vor kurzer Zeit von der Universität in seine Heimath zurückgekehrt. Am Abende des 23. d. M. begab sich derselbe in seinen Forst, um auf dem Anstande Wild zu erlegen. Er fehrte nicht zurück. Am nächsten

Morgen fand man ihn in dem Forst mit zerschmettertem Hirnschädel. Augenfeinlich waren ihm diese Verletzungen nach heftiger Gegenwehr mit seinem eigenen Gewehre zugefügt worden.

Deutschland.

Gotha, 27. April. Gestern Nachmittag nach 5 Uhr kam der Prinz Alfred von Großbritannien, Herzog zu Sachsen, mit Gefolge hier an, um auf längere Zeit seinen künftlichen Verwandten einen Besuch abzustatten.

Altona, 28. April. Dem nach dem „Kieler Korrespondenzbl.“ per Telegraph nach Kopenhagen berufenen Kammerherrn A. B. W. G. v. Moltke, soll, wie es heißt, das Ministerium für Holstein und Lauenburg angeboten werden.

Italien.

Rom, 23. April. Ueber die Dauer seines ferneren Aufenthaltes in Rom hat der Herr Cardinal von Geißel noch nichts Gewisses bestimmt. Doch wird er mindestens noch drei Wochen hier bleiben.

Man schreibt aus Paris: „Nach Briefen aus Rom vom 23. April hat der Papst seine Entscheidung in der Angelegenheit des Bischofs von Moulins getroffen.“

Neapel, 18. April. Als Sr. Majestät der König vor einigen Tagen auf dem Marsfelde von Caserta 4 leichte Kavallerie-Regimenter manövriren ließ, führte beim Hof, der nahe beim König vorüberbrauste, ein Wachenoffizier mit seinem Pferde.

Neapel, 22. April. Der König zeigte sich einige Tage geneigt, hinreichende Konzessionen zu machen, um die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit den Bestmächten herbeizuführen.

Neapel, 22. April. Der König zeigte sich einige Tage geneigt, hinreichende Konzessionen zu machen, um die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit den Bestmächten herbeizuführen.

System innen und außen die besten Früchte getragen habe. Die neapolitanischen Truppen, denen man misstraut, werden Neapel räumen; die Garnison wird ausschließlich aus Schweizern bestehen, und man wird bei dem alten Systeme beharren, aber immer mit der festen Behauptung, die Regierung werde von den Revolutionären auf unwürdige Weise verleumdet.

— Nach offiziellen Berichten aus Neapel hat der König verboten, daß die jüngeren Leute in den Provinzen Inschriften für die Universität in der Hauptstadt nehmen.

— Nach offiziellen Berichten aus Neapel hat der König verboten, daß die jüngeren Leute in den Provinzen Inschriften für die Universität in der Hauptstadt nehmen.

— Nach offiziellen Berichten aus Neapel hat der König verboten, daß die jüngeren Leute in den Provinzen Inschriften für die Universität in der Hauptstadt nehmen.

Breslau, 30. April. Gestern Abend gegen 9 Uhr stürzte auf dem Centralbahnhof von den beiden noch im Rohbau befindlichen Gehäusen der rechts vom Ausgang (nach der Bohrauer-Barriere) gelegene zusammen.

Breslau, 30. April. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Auf dem Neumarkt von einem Wagen ein grauer Tuchmantel mit langem Kragen und braun und weiß karirtem Pachtent-Futter, circa 2 Thlr. im Werthe; Reuschstraße Nr. 24 eine blaue Tüllene mit gelben Blümchen verfehene Mannsjacke.

Breslau, 30. April. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Auf dem Neumarkt von einem Wagen ein grauer Tuchmantel mit langem Kragen und braun und weiß karirtem Pachtent-Futter, circa 2 Thlr. im Werthe; Reuschstraße Nr. 24 eine blaue Tüllene mit gelben Blümchen verfehene Mannsjacke.

Berlin, 29. April. Der Uebergang zu einer vollständigen Panique, auf den man nach der Phygionomie der gestrigen Börse heute gefaßt sein dürfte, ist nicht eingetreten.

Berlin, 29. April. Der Uebergang zu einer vollständigen Panique, auf den man nach der Phygionomie der gestrigen Börse heute gefaßt sein dürfte, ist nicht eingetreten.

Berlin, 29. April. Der Uebergang zu einer vollständigen Panique, auf den man nach der Phygionomie der gestrigen Börse heute gefaßt sein dürfte, ist nicht eingetreten.

Berlin, 29. April. Der Uebergang zu einer vollständigen Panique, auf den man nach der Phygionomie der gestrigen Börse heute gefaßt sein dürfte, ist nicht eingetreten.

Industrie-Aktien-Bericht. Berlin, 29. April 1857. Feuer-Versicherungen: Aachen-Münchener 1470 Gl. (— Div.) Berlinische (— ercl. Div.) Borussia — Solonia 1050 Gl. (— Div.)

Industrie-Aktien-Bericht. Berlin, 29. April 1857. Feuer-Versicherungen: Aachen-Münchener 1470 Gl. (— Div.) Berlinische (— ercl. Div.) Borussia — Solonia 1050 Gl. (— Div.)

Industrie-Aktien-Bericht. Berlin, 29. April 1857. Feuer-Versicherungen: Aachen-Münchener 1470 Gl. (— Div.) Berlinische (— ercl. Div.) Borussia — Solonia 1050 Gl. (— Div.)

Industrie-Aktien-Bericht. Berlin, 29. April 1857. Feuer-Versicherungen: Aachen-Münchener 1470 Gl. (— Div.) Berlinische (— ercl. Div.) Borussia — Solonia 1050 Gl. (— Div.)

Berliner Börse vom 29. April 1857.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Ausländische Fonds'. Lists various securities and their prices.